

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Paul Schäfer (Köln), Inge Höger, Harald Koch, Christine Buchholz, Dr. Gesine Löttsch, Dr. Dietmar Bartsch, Steffen Bockhahn, Roland Claus, Michael Leutert und der Fraktion DIE LINKE.

**zu der dritten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung
– Drucksachen 17/10200, 17/10202, 17/10813, 17/10823, 17/10824, 17/10825 –**

**Entwurf eines Gesetzes
über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2013
(Haushaltsgesetz 2013)**

**hier: Einzelplan 14
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Mit dem vorgelegten Entwurf des Einzelplans 14 werden die im Jahr 2010 vereinbarten Sparvorgaben für die Bundeswehr in Höhe von 8,3 Mrd. Euro endgültig ad acta gelegt und der falsche Aufrüstungskurs wird fortgesetzt. Im Zuge der „Neuausrichtung der Bundeswehr“ mit dem klaren Ziel der Verbesserung der Interventionsfähigkeiten wird der Verteidigungsetat sogar für 2013 um 4,4 Prozent erhöht. Zumindest bis 2016 gibt die nunmehr gültige mittelfristige Finanzplanung die noch im Jahr 2010 vorgesehenen Sparanstrengungen bei den Verteidigungsausgaben praktisch auf. Lag bislang der Anteil militärischer Ausgaben zum Bundeshaushalt bei 10 Prozent, steigt er in dem vorliegenden Entwurf auf 11 Prozent. Die Militärausgaben belasten die Menschen in Deutschland pro Kopf mit über 400 Mio. Euro.
2. Obschon seit zwei Jahrzehnten keine ernsthafte Bedrohung für das Territorium der Bundesrepublik Deutschland sowie für die Staaten der Europäischen Union besteht, verweigert sich die Bundesregierung nach wie vor einer friedenspolitisch orientierten Abrüstung. Stattdessen findet lediglich ein quantitativer Kurswechsel statt. Waffensysteme, die ursprünglich für Einsatzszenarien großer Landkriege konzipiert wurden, wie der Leopard 2 oder der Eurofighter (Abfangjägervariante), werden in ihren Beständen oder ihrer Beschaffungszahl lediglich reduziert. Demgegenüber werden massiv neue Waffensysteme eingekauft (Schützenpanzer, Drohnen, Mehrzweckschiffe) bzw. laufende Beschaffungsvorhaben ungehindert fortgesetzt, die dem Fähigkeitsprofil einer Interventionsarmee entsprechen.

3. Die „Neuausrichtung der Bundeswehr“ stellt das Gegenteil einer echten Friedenspolitik dar. Abschreckung oder militärische Interventionen schaffen keine Sicherheit. Den immer wieder beschworenen sicherheitspolitischen Risiken und Bedrohungen durch die Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen, Terrornetzwerken und den regionalen Auswirkungen sogenannter gescheiterter Staaten kann mit militärischen Mitteln nicht nachhaltig begegnet werden. Die globalen Herausforderungen wie Hunger, Armut, Wasserknappheit, Klimawandel und seine Folgen sowie generell die Endlichkeit der Ressourcen sind vielmehr ein Ergebnis mangelnder Verteilungsgerechtigkeit. Hierfür bedarf es ziviler Instrumente, die auch die Ursachen von „Risiken“ und „Bedrohungen“ berücksichtigen. Hierzu gehört u. a. der ambitionierte Aufbau eines europäischen Systems gegenseitiger kollektiver Sicherheit, dessen Grundverständnis die berechnete Sicherheit aller Beteiligten ist.
4. Die Reform der Bundeswehr muss eine andere, eine ernsthafte friedenspolitische Richtung einschlagen. Umfassende Abrüstungs- und Konversionsmaßnahmen sind zweifellos mit hohen Kosten, auch gesellschaftlichen, verbunden. Doch langfristig gesehen sind sie die einzige Möglichkeit für nachhaltige Einsparungen im Verteidigungs- und somit im gesamten Bundeshaushalt.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. in einem ersten Schritt hin zu einer glaubwürdigen Friedens- und Abrüstungspolitik die von 2010 bis 2017 vereinbarten Sparvorgaben für den Einzelplan 14 in Höhe von 8,3 Mrd. Euro einzuhalten, die Auslagerung von Verteidigungskosten in andere Etats dauerhaft zu unterlassen und konkrete Planungen vorzulegen für eine Halbierung aller Verteidigungsausgaben innerhalb der nächsten zehn Jahre;
2. die derzeitigen Auslandseinsätze der Bundeswehr zu beenden und sich an keinen neuen Auslandseinsätzen zu beteiligen;
3. sämtliche für Auslandseinsätze vorhandene Strukturen und Fähigkeiten der Bundeswehr ersatzlos aufzulösen;
4. kostenintensive Beschaffungsvorhaben wie z. B. A400M, Eurofighter, Schützenpanzer Puma und Fregatte 125 (insgesamt mit einem Volumen von weit über 20 Mrd. Euro) sofort einzustellen und die freiwerdenden Mittel u. a. für die Finanzierung einer neuen friedensorientierten Außen- und Sicherheitspolitik zu verwenden;
5. sämtliche Forschungs- und Entwicklungsvorhaben zur Beschaffung unbemannter Systeme mit Kampffähigkeiten (Drohnen) einzustellen;
6. sich nicht mehr am Ausbau der Interventionskapazitäten von NATO und EU zu beteiligen und zunächst die Beteiligung an NATO Response Force (NRF) und European Union Battlegroups (EUBG) zu beenden sowie keine Einheiten mehr für die European Rapid Reaction Forces (ERRF) zu stellen;
7. durch folgende Maßnahmen einen wichtigen Beitrag zur weltweiten Abrüstung zu leisten:
 - Beendigung der technischen nuklearen Teilhabe Deutschlands durch die Auflösung des Tornado-Geschwaders in Büchel und die Ablehnung der Modernisierung der US-Atomwaffen in Deutschland;
 - Ratifizierung des A-KSE-Vertrages (Übereinkommen über die Anpassung des Vertrags über konventionelle Streitkräfte in Europa) zur Wiederbelebung des gesamten A-KSE-Prozesses und damit Fortführung einer umfassenden Abrüstung konventioneller Waffen in Europa;

- Beendigung der von der Bundeswehr mitfinanzierten Rüstungsforschung an Universitäten und Hochschulen;
8. Einsparungen im Einzelplan 14 für die Finanzierung von langfristigen Konversionsprogrammen zu nutzen und zu gewährleisten, dass
- die betroffenen Kommunen bei der Entwicklung von Nachnutzungskonzepten der Bundeswehrstandorte unterstützt werden;
 - 220 Mio. Euro für eine umfassende Konversion der Kyritz-Ruppiner Heide bereitgestellt werden;
 - (ehemalige) Bundeswehrangehörige beim Wiedereinstieg ins Berufsleben außerhalb der Bundeswehr gefördert werden;
 - Rüstungsunternehmen bei der konzeptionellen Ausarbeitung einer Produktkonversion unterstützt werden.

Berlin, den 19. November 2012

Dr. Gregor Gysi und Fraktion

